

Stand: 05.04.2026 21:36:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18705

"Feiertagskultur bewahren: Keine muslimischen Feiertage einführen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18705 vom 24.10.2017
2. Beschluss des Plenums 17/18743 vom 25.10.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 114 vom 25.10.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller, Ingrid Heckner, Petra Guttenberger, Joachim Unterländer, Dr. Harald Schwartz, Barbara Stamm, Eric Beißwenger, Alex Dorow, Alexander Flierl, Jürgen W. Heike, Dr. Florian Herrmann, Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Thomas Huber, Michaela Kaniber, Bernd Kränzle, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Walter Nussel, Dr. Franz Rieger, Hans Ritt, Andreas Schalk, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath, Reserl Sem, Karl Straub, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann und Fraktion (CSU)**

Feiertagskultur bewahren: Keine muslimischen Feiertage einführen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zur christlich-jüdisch-abendländischen Prägung des Freistaates Bayern und spricht sich gegen die Aufnahme muslimischer Feiertage in das bayerische Feiertagsgesetz aus.

Begründung:

Nach Art. 147 der Bayerischen Verfassung bleiben Sonntage und staatlich anerkannte Feiertage als Tage der seelischen Erhebung und der Arbeitsruhe gesetzlich geschützt. Diese Regelung basiert auf der Tatsache, dass der Freistaat Bayern christlich-jüdisch geprägt und fest in den Werten und Traditionen des christlichen Abendlandes verwurzelt ist. Christliche und israelitische Feiertage stehen daher zu Recht unter dem besonderen Schutz des bayerischen Feiertagsgesetzes.

Die bayerische Feiertagskultur hat sich über Jahrzehnte bewährt und findet über die Religionszugehörigkeit des Einzelnen hinaus in der Bevölkerung hohe Zustimmung. Deshalb wird allen Vorschlägen, christliche Feiertage einzuschränken und dem aktuellen Vorstoß, muslimische Feiertage einzuführen, eine klare Absage erteilt.

Gerade im diesjährigen Jubiläumsjahr „500 Jahre Reformation“ wird – nicht zuletzt durch die einmalige Ausweisung eines zusätzlichen Feiertags am 31.10.2017 – auf die christliche Prägung Deutschlands und Bayerns hingewiesen und die Wichtigkeit des christlich-abendländischen Erbes betont.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller, Ingrid Heckner, Petra Guttenberger, Joachim Unterländer, Dr. Harald Schwartz, Barbara Stamm, Eric Beißwenger, Alex Dorow, Alexander Flierl, Jürgen W. Heike, Dr. Florian Herrmann, Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Thomas Huber, Michaela Kaniber, Bernd Kränzle, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Walter Nussel, Dr. Franz Rieger, Hans Ritt, Andreas Schalk, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath, Reserl Sem, Karl Straub, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann und Fraktion (CSU)**

Drs. 17/18705

Feiertagskultur bewahren: Keine muslimischen Feiertage einführen!

Der Landtag bekennt sich zur christlich-jüdisch-abendländischen Prägung des Freistaates Bayern und spricht sich gegen die Aufnahme muslimischer Feiertage in das bayerische Feiertagsgesetz aus.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Florian Streibl

Abg. Kathi Petersen

Abg. Ulrike Gote

Abg. Diana Stachowitz

Abg. Alexander Muthmann

Staatssekretär Gerhard Eck

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier,
Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU)**

Feiertagskultur bewahren: Keine muslimischen Feiertage einführen!

(Drs. 17/18705)

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof.
(Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Keine muslimischen Feiertage! (Drs. 17/18718)

Ich gebe zugleich bekannt, dass die CSU zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Durch die Äußerung des Bundesinnenministers de Maizière hat das Thema islamische Feiertage eine Dynamik entwickelt, die wir uns so nicht gewünscht haben, zu der wir jedoch als Bayerischer Landtag Stellung beziehen sollten, gerade auch im Hinblick auf die aktuellen Debatten, die wir zum Thema Leitkultur geführt haben.

(Zurufe von der SPD)

Die Einführung islamischer Feiertage ist das falsche Thema zur falschen Zeit, und es geht in die falsche Richtung.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die CSU-Fraktion legt großen Wert auf die Religionsfreiheit, sie ist eine große Errungenschaft, auf die wir in Deutschland Wert legen und die wir auch behalten wollen. Allerdings bedeutet Religionsfreiheit nicht, dass wir, abweichend von unserer kulturell-

historischen und religiösen Prägung, Feiertage einführen müssen, nur weil ein wachsender Teil der Bevölkerung dem islamischen Glauben angehört.

Die Feiertagskultur ist Teil unserer Identität und Leitkultur. Feiertage sind kein Ausdruck der Religionsfreiheit und schon gar kein Mittel der Integration. Feiertage spiegeln unsere Identität wider und sollten unabhängig von Zuwanderung in ihrem historischen Kontext bestehen bleiben. Zuwanderung bedeutet auch Veränderung – das wissen wir. Wir lehnen Veränderung nicht ab. Wir wollen jedoch keine revolutionäre, sondern eine evolutionäre Entwicklung. Derzeit ist die Bevölkerung aufgrund der wachsenden Zuwanderung verunsichert. Deshalb ist die Einführung muslimischer Feiertage das falsche Thema zur falschen Zeit.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Land ist christlich-abendländisch-jüdisch geprägt – und das seit über 1.000 Jahren. Deshalb kann man sich nicht allein an der Tatsache aufhängen, dass die Zahlen der Angehörigen einer Religionsgemeinschaft steigen, während sie bei einer anderen sinken. Unabhängig davon, dass die Zahl der Atheisten in Deutschland am stärksten steigt, halten wir an unseren christlichen Feiertagen fest. Argumentiert man nur auf der Grundlage der Zahlen, wie es Bundesinnenminister de Maizière getan hat, stellt sich die Frage: Mit welcher Begründung werden jüdische Feiertage geschützt? – Das ist eine der kleinsten Religionsgemeinschaften. Ich bin der Auffassung, wir haben sie zu Recht geschützt. Dies liegt in unserer Geschichte, Identität und Prägung begründet.

Artikel 147 der Bayerischen Verfassung sagt deutlich: "Die Sonntage und staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der seelischen Erhebung und der Arbeitsruhe gesetzlich geschützt." Entscheidend ist in diesem Zusammenhang das Wort "bleiben". Es besteht ein klarer Bezug zum kulturell-historischen Kontext. Dazu zählen auch diejenigen Feiertage, die wir seit Jahrhunderten in Deutschland und Bayern feiern. Deshalb wird der Sonntag und kein anderer Tag, wie beispielsweise der Freitag, ge-

schützt. Die Verfassung schützt die Feiertage, die den beiden großen Kirchen wichtig sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen sollten wir heute fraktionsübergreifend – das sage ich ganz klar – Stellung beziehen. Wir werden aus diesem Grund auch dem Antrag der FREIEN WÄHLER zustimmen, der in die gleiche Richtung geht. Ich würde mich freuen, wenn die anderen Fraktionen auch unserem Antrag zustimmen. Auf diese Weise senden wir ein klares Signal aus. Wir sollten das tun – ich verweise auf die Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN –, was Cem Özdemir gesagt hat. Er sieht keinen Handlungsbedarf, zu Recht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Warum haben Sie dann den Antrag eingebracht?
Wir sehen auch keinen Handlungsbedarf! – Unruhe)

– Wir schauen, wie Sie abstimmen. Herr Kollege Rinderspacher, ich bin gespannt, wie Sie sich zu diesem Thema verhalten werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir in Bayern erleben eine große Vielfalt von Weltanschauungen und religiösen Bekenntnissen. Bei uns leben auch viele Menschen ohne Bekenntnis. Die überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung schätzt jedoch die christliche Feiertagskultur. Sie schätzt auch die dahinterstehende Prägung. Dies verdeutlichen auch aktuelle Meinungsumfragen. Lediglich 8 % der Bevölkerung wollen muslimische Feiertage einführen.

Wir haben in diesem Hohen Hause einstimmig die Änderung des Feiertagsgesetzes anlässlich des 500-jährigen Jubiläums der Reformation beschlossen. Wir haben den 31. Oktober – das ist nächste Woche – zum Feiertag gemacht, weil uns die christliche Prägung unseres Landes so wichtig ist.

(Beifall bei der CSU – Ulrike Gote (GRÜNE): Aber nur einmal!)

– Frau Kollegin, Lautstärke ersetzt nicht den Inhalt.

(Beifall bei der CSU)

Wir wissen, derzeit ist es nicht angesagt, die Anzahl der Feiertage insgesamt zu vermehren. Wir haben jedoch ein Zeichen gesetzt, weil wir die Reformation als Teil der Prägung unseres Landes wertschätzen.

Wir brauchen Stabilität. Wir brauchen klare Richtlinien für die Bevölkerung. Wir müssen die Leitkultur klar vertreten. Ich verstehe den Bundesinnenminister nicht, auch wenn er unserer Parteienfamilie angehört. Einerseits spricht er von Leitkultur, andererseits praktiziert er das Gegenteil. Wir brauchen keine neuen Debatten über unnötige Dinge.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Warum führen wir sie dann hier?)

Wir brauchen Stabilität und Sicherheit, keine Verunsicherung.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Leitkultur stellt eine Leitlinie für die Integration dar. Die Leitkultur, die wir in Bayern und Deutschland pflegen, soll geachtet werden. Mit der Leitkultur vergewissert sich unsere Bevölkerung selbst, wo sie steht und von wo aus sie die Integration beginnen will. Deshalb ist die Feiertagsdebatte höchst kontraproduktiv. Das gilt über die christlichen Feiertage hinaus auch für die staatlichen Feiertage wie den 1. Mai und den Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober. Die Ereignisse, an die diese Tage erinnern, haben unsere nationale Identität geprägt. Deshalb sind sie geschützt. Daher gibt es keinen Grund für die größer werdende Gruppe der Zuwanderer, staatlich geschützte Feiertage zu schaffen; denn sie haben nichts mit der Prägung unseres Landes zu tun. Wir haben Achtung vor jedem religiösen Bekenntnis. Jeder Muslim kann seinen Feiertag feiern, wie er es für richtig hält. Dabei handelt es sich jedoch nicht um einen staatlich geschützten Tag.

Lassen Sie mich scherzhaft etwas sagen. Als ich geboren wurde – –

(Diana Stachowitz (SPD): Das ist eine ernsthafte Debatte!)

– Es ist eine sehr ernsthafte Debatte. Ich bin auf Ihre Äußerungen gespannt. Was diese Themen angeht, sind Sie sehr sprunghaft. Das hat Ihr Parteivorsitzender wieder zum Ausdruck gebracht. Er hat sich nicht klar geäußert, wo die SPD hinwill. Sie vertreten in all diesen Fragen, die unsere Identität betreffen, keine klare Linie.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, die Feiertagskultur soll gewahrt werden, wie wir sie seit vielen Jahrzehnten, ja sogar Jahrhunderten pflegen. Darauf zielt unser Antrag ab. Stimmen Sie unserem Antrag zu! Damit tun Sie den einheimischen Bürgern in unserem Land, aber auch den Zuwanderern einen Gefallen; denn klare Bekenntnisse sind immer besser, als bei diesen Themen rumzueiern, wie es die Kolleginnen und Kollegen der Opposition gerne tun.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Eines muss man schon sagen: Dem Bundesinnenminister ist irgendwo das "C" aus der Brille gerutscht. Er hat uns einen Bärendienst erwiesen. Jetzt dürfen wir diese Debatte führen. Die Religionsfreiheit ist ein hohes Gut, und sie muss geschützt werden.

(Diana Stachowitz (SPD): Wenigstens das!)

Muss man aber einen neuen Feiertag einführen? – Die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER hat sich für eine Verstetigung des Reformationstages eingesetzt. Er sollte jedes Jahr gefeiert werden. Wir haben uns für den Buß- und Betttag eingesetzt. Bevor ein Bundesinnenminister über einen muslimischen Feiertag schwadroniert, sollte man

zunächst diese Feiertage wieder einführen. Auf diese Weise hätte man mehr für die Gesellschaft getan.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Niemandem kann glaubhaft vermittelt werden, dass ein muslimischer Feiertag eingeführt werden soll, wenn zugleich die evangelischen Feiertage abgewehrt werden. Das geht nicht! Auch insoweit sollte man auf die eigene Kultur, auf die Situation im eigenen Land schauen.

Worum geht es bei einem Feiertag? – Die Menschen im Land sollen sich erbauen können. Ihnen soll die Möglichkeit der Erinnerung gegeben werden. Ein Feiertag muss ein Tag sein, mit dem die Menschen etwas anzufangen wissen. Zudem muss ein Feiertag von den Menschen wertgeschätzt werden. Geht die Wertschätzung verloren, wird der Feiertag also nicht mehr gelebt, dann verschwindet er irgendwann. So viel zur Evolution der Feiertage.

Es ist wichtig, dass wir die Feiertage, die aus unserer Kultur kommen, unterstützen. Wir sollten zumindest versuchen, sie wertzuschätzen. Vielleicht kommen einmal andere Zeiten; aber die Feiertagsregelung, die wir momentan haben, ist gut so. Es geht, wie gesagt, auch darum, dass wir uns erinnern. Daher brauchen wir auch eine entsprechende Erinnerungskultur.

Wenn ein Feiertag, egal welcher, von der Mehrheit der Gesellschaft in unserem Land nicht mehr getragen, nicht mehr gelebt wird, dann ist er tot. Man braucht aber auch keine Totgeburten vorzuschlagen, sondern man muss sich auf das besinnen, was man hat.

Ich erinnere daran, dass der Anteil der Muslime in Deutschland bei 5,5 % liegt. Ich gehe nicht davon aus, dass die anderen deutschen Staatsbürger wüssten, was sie mit einem solchen Feiertag anfangen sollen. Viel eher könnte man einen jüdischen Feier-

tag einführen, zum Beispiel Jom haScho'a. Dieser würde uns an unsere eigene Geschichte erinnern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir sollten keinen muslimischen Feiertag einführen, obwohl man sicher sagen kann, dass der Islam zu unserer europäischen Geschichte gehört. Dessen Rolle ist durchaus vielfältig. Ich erinnere an die Reconquista in Spanien, aber auch an Aristoteles, dessen Werke muslimische Gelehrte nach Europa brachten.

Wir müssen aus unserer Geschichte lernen und dürfen nicht anfangen, sie permanent zu wiederholen. Das ist heute umso wichtiger. Deswegen finde ich die Debatte, die vom Bundesinnenminister auf etwas unreflektierte Art und Weise losgetreten wurde

(Diana Stachowitz (SPD): Von einem CDU-Minister!)

– ja, von einem CDU-Minister –, besonders gravierend. Damit arbeitet man letztlich gegen die Einigkeit in unserem Land. Man sät Zwist und Zwietracht. Man liefert Elementen, die wir in unserem Land nicht brauchen, eine Steilvorlage. Daher können wir diesen Vorstoß eigentlich nur verurteilen.

Wir unterstützen den Antrag der CSU. Da sie das Thema ins Feld geführt hat, haben wir unseren Antrag nachgezogen. Wenn man schon eine Debatte über Feiertage lostritt, sollte man zuerst an den Buß- und Betttag denken, nicht aber an islamische Feiertage.

An Feiertagen sollen die Familien zusammenkommen können, um ihn gemeinsam zu begehen, das heißt, um sich auf die gemeinsamen Wurzeln, auf die Tradition zu besinnen. Die vielen gemeinsamen Wurzeln unseres Landes gehören gestärkt; denn Menschen, die in ihrer Tradition verwurzelt sind, erweisen sich als weniger anfällig für radikale Ideologien.

Ich betone: Es ist wichtig, dass wir auf unsere Feiertage schauen. Wir sollten nicht versuchen, unsere Gesellschaft mit einer aufgedrängten Diskussion zu spalten. In diesem Sinne bitte ich Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Petersen.

Kathi Petersen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Zellmeier, ich sehe schwarz für die "schwarze Ampel".

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich mir den Antrag der CSU anschau, ist mein erster Eindruck: Haben wir wirklich keine drängenderen Themen als die Feiertagskultur?

(Beifall bei der SPD)

Eigentlich bewegen doch auch Sie andere Themen; entsprechende Anträge stehen heute auf der Tagesordnung. Daher stellt sich die Frage: Was ist die Intention dieses Dringlichkeitsantrags?

Er will, so die Überschrift, die "Feiertagskultur bewahren". Ist diese in Gefahr? Gibt es irgendwelche Bestrebungen, an unserer Feiertagskultur etwas zu ändern? Wird hier nicht ein Popanz aufgebaut?

(Beifall bei der SPD)

Sie haben darauf hingewiesen, dass Innenminister de Maizière – von Ihrer Schwesterpartei – kürzlich in einem Interview geäußert hat, in Regionen mit einem hohen Anteil an Muslimen könne man auch über einen muslimischen Feiertag nachdenken. Er hat, wenn ich richtig gelesen habe, keinesfalls die Abschaffung christlicher Festtage gefordert.

Gefahr für die Feiertagskultur droht auch nicht seitens der katholischen Kirche. Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und der Bischof von Passau haben lediglich Sympathie für die Überlegungen de Maizières geäußert.

(Markus Rinderspacher (SPD): Hört, hört!)

Deswegen bleibt es bei der Feststellung: Die Befürchtungen sowohl Ihrerseits als auch von Alexander Dobrindt, der gemeint hat: "Das christliche Erbe Deutschlands ist nicht verhandelbar", sind gänzlich unbegründet. Niemand will uns unser Erbe streitig machen. Weit und breit ist kein Erbschleicher in Sicht.

Ein Erbe – wenn man es bekommt – ist schön. Wenn man aus einem Erbe nichts macht, dann verliert es an Wert und an Bedeutung. Dann hat man nur noch die Asche, nicht mehr die Glut. Ein Erbe verpflichtet also. Das Erbe unserer Tradition verpflichtet uns anzuerkennen, dass christlich-jüdisch-abendländisch unsere Tradition ist, aber nicht mehr unsere Prägung. Bei uns leben Menschen unterschiedlicher Religionen. Hier leben viele Menschen, die sich keiner Konfession oder Religion zugehörig fühlen. Vor diesem Hintergrund ist unser Land mittlerweile auch anders geprägt.

Zu unserem Erbe gehört auch, dass wir Religionsfreiheit ernst nehmen – nicht, indem wir anderen Vorschriften machen, sondern indem wir es ihnen ermöglichen, ihre Religion zu leben. Insoweit können wir uns ein Beispiel an den christlichen Kirchen nehmen. Ich zitiere aus "Nostra aetate", der Erklärung des Zweiten Vatikanischen Konzils über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen:

In unserer Zeit, da sich das Menschengeschlecht von Tag zu Tag enger zusammenschließt und die Beziehungen unter den verschiedenen Völkern sich mehren, erwägt die Kirche mit um so größerer Aufmerksamkeit, in welchem Verhältnis sie zu den nichtchristlichen Religionen steht. Gemäß ihrer Aufgabe, Einheit und Liebe unter den Menschen und damit auch unter den Völkern zu fördern, faßt sie vor allem das ins Auge, was den Menschen gemeinsam ist und sie zur Gemeinschaft untereinander führt.

Gemeinschaft zu fördern, auch und gerade zwischen Menschen verschiedener Kulturen und Religionen, ist Aufgabe nicht nur der Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften, sondern auch der Politik. Kollege Streibl hat schon darauf hingewiesen: Wenn man dies durch weitere Feiertage zum Ausdruck bringen wollte, dann könnte man an den Reformationstag denken.

Es gibt in Bayern durchaus pragmatische Regelungen des Umgangs mit diesem Thema. Jüdische, orthodoxe und muslimische Feiertage werden an den Schulen insofern berücksichtigt, als die betreffenden Schülerinnen und Schüler vom Unterricht befreit sind. Mehr verlangt im Moment niemand.

Was ist dann der Sinn des CSU-Antrags und – in seinem Fahrwasser – des nachgezogenen Antrags der FREIEN WÄHLER? – Es sind Schaufensteranträge, mit denen Stimmung gemacht werden soll.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das machen wir nicht mit. Wir lehnen deshalb beide Anträge ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gote.

Ulrike Gote (GRÜNE): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie sind nicht gewählt, um hier im Haus religiöse Politik zu machen, ob christliche, jüdische, muslimische oder welche auch immer. Sie – wir alle – sind gewählt, um Politik auf dem Boden unseres Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung zu machen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Danke für den Hinweis! Das hätte ich gar nicht gewusst!)

Der Staat ist neutral. Es gibt keine Staatskirche. Der Staat darf keine Religion oder Weltanschauung bevorzugen oder benachteiligen. Der Staat muss Religionsfreiheit

garantieren. Dazu gehört es, dass er die ungestörte Religionsausübung garantiert, sichergestellt, gewährleistet, ermöglicht. Unsere gemeinsame Wertebasis ist mitnichten eine christlich-abendländische, und sie ist auch keine christlich-jüdisch-abendländische.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Doch, ist sie schon!)

Die Werteorientierung, auf die wir uns alle hier in irgendeiner Weise berufen, ist in allen großen Religionen in ähnlicher Weise angelegt, insbesondere in den abrahamitischen Religionen Judentum, Islam und Christentum. Hinzu kommen die Werte des Humanismus und der Aufklärung, die unser Staatswesen deutlich stärker begründen als ein Rekurs auf irgendeine Religion.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sollten den Begriff des christlichen oder des christlich-jüdischen Abendlandes ganz schnell und endlich aus Ihrem Wortschatz streichen.

(Staatssekretär Johannes Hintersberger: Wahnsinn! – Weitere Zurufe von der CSU)

– Hören Sie gut zu! Gerade Sie, Herr Freller, hören Sie gut zu, was ich jetzt ausführe!
– Eine christlich-jüdische Symbiose, die irgendwie in die Leitkultur dieses Landes mündete, gab es in Deutschland nie.

(Widerspruch des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

Eine jahrhundertelange Tradition der Verfolgung, der Diskriminierung und der Pogrome gegen Juden und Jüdinnen in Deutschland und in anderen europäischen Staaten bestimmt vielmehr das historische Bild des christlich-jüdischen Verhältnisses.

(Beifall bei den GRÜNEN – Markus Rinderspacher (SPD): So ist es! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Florian Herrmann (CSU))

Die Berufung auf die Werte des christlich-jüdischen Abendlandes blendet sowohl die deutsche Geschichte des Antisemitismus als auch den gegen Migrantinnen und Migranten gerichteten Rassismus aus. Zudem wird in einer säkularer werdenden Gesellschaft ein omnipräsenter religiöser Identitätsbezug hergestellt, der mit den realen gesellschaftlichen Verhältnissen – das haben selbst Sie zugegeben, Herr Zellmeier – nicht mehr übereinstimmt. Neben der ausgrenzenden Wirkung gegenüber allen, die nicht dem Christlich-Jüdischen zugeordnet sind, wird auch die jüdische Kultur und Religion wieder mit Zuweisungen versehen. Jetzt hören Sie zu, Herr Freller! So schreibt nämlich der ehemalige Vizepräsident des Zentralrats der Juden Salomon Korn. Er hat das in verschiedenen Interviews und Schriften sehr oft ausgeführt, dass in dieser Debatte den Juden wieder eine Rolle zugewiesen werde, die er mit "Funktionsjude" umreißt. Die Deutschen brauchen die anderen, um zu sagen, wer sie selbst sind oder sein könnten. Neuerdings würden die "Funktionsjuden" in die christlich-jüdische Kulturdebatte inkorporiert, um gemeinsam gegen den neuen Fremden, den Islam, anzugehen.

(Ludwig Freiherr von Lerchenfeld (CSU): Zum Thema!)

– Genau das ist das Thema hier.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Hört, hört!)

Jetzt reden wir über Feiertage. Sie wollen über Feiertage reden.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Genau! – Ludwig Freiherr von Lerchenfeld (CSU): Das ist das Thema!)

Über was reden wir eigentlich? – Da steht in Ihren Anträgen: "Keine muslimischen Feiertage!". – Es ist gut, dass die Politik überhaupt nicht darüber zu entscheiden hat, ob es muslimische Feiertage gibt oder nicht.

(Diana Stachowitz (SPD): Genau!)

Die gibt es!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Zum Glück können Sie das nicht ändern. Sie sagen noch nicht mal klar, worum es in Ihrem Antrag geht. Der Kanon der gesetzlich geschützten religiösen Feiertage ist in unserem Land in der Tat historisch gewachsen. Das ist in den Bundesländern höchst unterschiedlich.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Eben!)

Sie nennen das "christlich-jüdisch". Ich sage: Das ist doch gelogen! Es gibt keinen einzigen jüdischen Feiertag, der in derselben strengen Weise als gesetzlicher Feiertag geschützt ist wie ein christlicher Feiertag. Die gibt es doch gar nicht!

(Markus Rinderspacher (SPD): So ist es! – Diana Stachowitz (SPD): So ist es! – Unruhe bei der CSU)

Wovon reden wir?

(Markus Rinderspacher (SPD): Auch in Bayern nicht!)

– Auch in Bayern nicht, ganz genau! – In Bayern ist das sowieso nochmal verschärft. Da kann man noch nicht mal von einem allgemeinen christlichen Tableau an Feiertagen sprechen. Wenn wir mal ehrlich sind, handelt es sich eher um ein römisch-katholisches Tableau an Feiertagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist lächerlich!)

Kolleginnen und Kollegen, niemand will christliche Feiertage abschaffen oder einschränken. Ich kenne, genau wie die Kollegin vorher gesagt hat, keinen einzigen Versuch. – Doch, ich kenne einen Versuch. Die Einzigen hier in diesem Hause, die jemals einen christlichen Feiertag abgeschafft haben, sind Sie, allein Sie!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Diana Stachowitz (SPD): Genau!)

Sie haben den Buß- und Betttag rein aus wirtschaftlichem Kalkül abgeschafft. Das waren Sie, keine von den anderen Fraktionen hier!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von den GRÜNEN: Bravo!)

Ich habe es schon gesagt: Es gibt die religiösen Feiertage, auch die muslimischen, in unserem Land. Das ist gelebte Realität. Es ist völlig selbstverständlich, dass gläubige Muslime – die meisten sind auch eher säkular orientiert – ihre Feiertage leben können. Es gibt aus dem bayerischen Kultusministerium, zuletzt von 2015, die Anordnung an die Schulen, was aus dem Feiertagsgesetz folgt: Die muslimischen Schüler sind an ihren Feiertagen ohne weiteren Antrag zu befreien. Das ist gelebte Realität. In den Schulen und in den Kindertageseinrichtungen versucht man interreligiöse Bildung und interreligiöse Kultur. Dort feiert man die verschiedenen Feiertage gemeinsam und schafft auch nicht den Martinsumzug ab, wie Sie immer behaupten. Das ist überhaupt nicht wahr,

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Doch!)

sondern man sieht die ganze Vielfalt, die es da gibt.

(Josef Zellmeier (CSU): Sie sehen durch die rosarote Brille!)

Wir haben in der letzten Woche hier nebenan im Senatssaal den Bürgerpreis verliehen. Das Thema hieß "Mein Glaube. Dein Glaube. Kein Glaube. Unser Land!". Das ist die treffende Beschreibung Bayerns. Das alles ist unser Land. Herr Zellmeier, ich glaube, Sie waren nicht bei der Preisverleihung; sonst hätten Sie nämlich die Warnung des Sonderpreisträgers gehört. Das sind die "Freunde Abrahams e.V." hier aus München. Der Vorsitzende ist Professor Wimmer von der LMU. Er hat in seiner Dankesrede sehr deutlich gemacht, dass wir bitte alle bedenken mögen, insbesondere die CSU bis hin zur Staatsregierung, dass man mit unbedachten Äußerungen und Kampagnen all das

zunichte macht, was diese Organisationen, die wir hier ausgezeichnet haben, in jahre-langer Arbeit aufgebaut haben. Heute tun Sie das wieder.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Zellmeier, wir sehen in Bayern in der Tat überhaupt keinen Änderungsbedarf an dem Feiertagsgesetz.

(Josef Zellmeier (CSU): Dann können Sie doch zustimmen!)

Ich glaube, wir GRÜNE sind die Einzigen, die über mehrere Jahre eine Religionskommission haben arbeiten lassen und einen bundespolitisch abgestimmten, sehr tiefgehenden Beschluss zur Religionspolitik in Deutschland gefasst haben. Dort hätten Sie das nachlesen können. Aber dafür müsste man eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema voraussetzen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Ja, Ja!)

Wir sehen keinen Änderungsbedarf. Viel eher – das kann man durchaus sagen – müsste man mal zur Kenntnis nehmen, dass der Vielzahl der religiös begründeten Feiertage nur wenige nichtreligiös begründete gegenüberstehen. Zwei sind das in Bayern. Zwei! Man könnte also sehr wohl darüber nachdenken, ob es vielleicht sinnvoll für den Zusammenhalt in der Gesellschaft wäre, mehr gemeinsame staatliche Feiertage oder demokratisch begründete Feiertage zu begründen, die für unsere Demokratie wichtige Wegmarken waren und sind. Ich denke, insgesamt haben wir in Bayern keinen Mangel an Feiertagen.

Aber jetzt nochmal zum Thema: Es geht hier nicht um Feiertage. Das ist das Schlimme an Ihrem Antrag. Gestern im Bundestag konstituierte sich zum ersten Mal seit dem Krieg wieder ein Bundestag, in dem Rechtspopulisten sitzen. Ein Vizepräsident wird nicht gewählt, weil er die Religionsfreiheit angegriffen hat.

(Diana Stachowitz (SPD): Genau!)

Da sitzen Islam-Hasser im Parlament, und just an diesem Tag bringen Sie hier diesen Antrag ein. Wir müssen ihn heute diskutieren.

(Josef Zellmeier (CSU): Das ist billigste Propaganda! Unglaublich!)

Das Ganze geschieht nur zu dem einen Zweck: Ausgrenzung betreiben, Abgrenzung nach dem Motto – wie Sie sagen –: "Die rechte Flanke schließen". Sie betreiben hier jetzt schon das Spiel der Rechtspopulisten und der AfD, obwohl sie noch gar nicht im Landtag sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Andreas Schalk (CSU): Unsinn! – Dr. Florian Herrmann (CSU): Frechheit! Unglaublich! Reinste Lüge!)

Ich sage Ihnen: Machen Sie endlich die Arbeit verantwortungsvoller Demokraten! Machen Sie die Arbeit, die unsere Werte schützt, die unsere Heimat schützt und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert! Ich sage Ihnen auch, was das ist: Gehen Sie gegen Kinderarmut vor, gegen Altersarmut! Kämpfen Sie für menschliche Flüchtlingspolitik! Gehen Sie gegen die immer weiter werdende Schere zwischen Arm und Reich vor! Sorgen Sie für gute Bildungschancen!

(Josef Zellmeier (CSU): Es ist in Bayern immer noch besser als in von Rot-Grün regierten Ländern!)

Sorgen Sie für eine zukunftsfähige Politik für unsere Kinder und Enkel! Tun Sie etwas für den Klimaschutz! Tun Sie etwas für die Energiewende, gegen das Artensterben! Tun Sie etwas für eine ökologische Landwirtschaft! Schützen Sie unser Wasser, usw. Da geht es um die Grundfesten unseres Gemeinwesens. In all diesen Punkten versagen Sie hier.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Damit würden Sie die rechte Flanke schließen. Damit würden Sie die Demokratie stärken und das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen, für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das ist unsere Aufgabe hier in diesem Haus. Wir lehnen die Anträge ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Stachowitz.

Diana Stachowitz (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Gote, Sie haben es richtig benannt: "Den rechten Rand schließen." – Jetzt haben wir verstanden, was das bedeutet. Herr Zellmeier, das ist – wie Sie es gesagt haben – eine unnötige Debatte zu unpassender Zeit. Hier wird eine Frage gestellt, die völlig unnötig ist. Das haben Sie heute einfach ausgemacht. Was Sie eigentlich machen wollen, ist ein durchsichtiges Spiel. Sie wollen sich als diejenigen gerieren, die nur bestimmte Religionen zulassen und nicht zum Wert der Religionsfreiheit in Deutschland und Bayern stehen. Das ist einfach infam, insbesondere nach dem, was wir gestern erlebt haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Religionsfreiheit bedeutet, dass die Religionen Feiertage für sich selbst sowieso feiern. Das hat überhaupt nichts mit einem gesetzlichen Feiertag zu tun, von dem Sie hier meinen, andere würden ihn fordern. Weder die Juden noch die Muslime noch die Bahais oder irgendjemand anderer hat einen gesetzlichen Feiertag gefordert. Aber Sie haben einen abgeschafft. Das ist alles, was Sie hier eigentlich einbringen können. Deshalb ist das einfach Hetze gegen den muslimischen Glauben.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Unverschämtheit!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Sie für die Religionsfreiheit sind, dann müssen Sie akzeptieren, dass wir hier in Bayern 4 % Muslime haben, von denen nur 2 % ihre Religion aktiv praktizieren. Wir haben 55 % Katholiken, 21 % Protestanten und 20 % Kon-

fessionslose. Das war: "Mein Glaube. Dein Glaube. Kein Glaube." Das macht unser Land aus, und dafür gilt es die richtigen Rahmenbedingungen herzustellen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Festzuhalten ist, dass Sie nicht mitmachen, was Erzbischof Schick gefordert hat. Er hat gefordert, einfach diejenigen Menschen zu unterstützen, die ihre Religion hier selbstbewusst leben wollen. Dafür sollen die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das hatte er im Zusammenhang mit einer Nonnenweihe gesagt. Das muss man wissen, um überhaupt den Zusammenhang herstellen zu können, um den es hier geht.

Ich sage Ihnen: Die SPD ist in jeder Hinsicht bereit, die Menschen zu unterstützen, die ihre Religion leben wollen. Wir haben dazu viele Anträge gestellt, sei es in der Frage der Tuchbestattung, sei es in der Frage des Religionsunterrichts auf Deutsch. Für die 44.000 muslimischen Schüler haben wir nur 70 Lehrkräfte an den Schulen, die solchen Religionsunterricht überhaupt erteilen können. Das ist ein Armutszeugnis. Deswegen muss hier mehr ausgebildet werden. Man muss im Wissenschaftsbereich bei den Studiengängen dafür sorgen, dass die Menschen, die ihre Religion friedlich auf dem Boden des Grundgesetzes leben wollen, auch einen Lehrstuhl vorfinden. Das gilt für die Muslime ebenso wie für Katholiken, Protestanten oder Juden.

Herr Zellmeier, deshalb noch einmal: Es ist unsäglich, dass Sie hier mit einem so durchsichtigen Antrag einfach Hass und Hetze gegen Menschen einführen, die einer bestimmten Religion angehören.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Unverschämtheit! – Josef Zellmeier (CSU): Sie sind der Hetzer!)

Das ist Pfui!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist wirklich ganz, ganz bitter. Einen Diskurs über den besten Weg zu führen, bedeutet, miteinander zu sprechen und nicht übereinander. Frau Stamm hat das hier einmal vorgemacht und hat alle eingeladen, darüber zu sprechen. Daraus hat nichts resultiert. Wir haben eine Enquete-Kommission zur Integration, aber Ihre Anträge tragen überhaupt nicht zur Integration bei. Auf Bundesebene haben wir schon zehnmal den von Ihnen und Ihrer Schwesterpartei initiierten "Runden Tisch Muslime" gehabt. Und jetzt stellen Sie diesen Antrag. Das ist ja wohl böse. Den rechten Rand schließen – das ist Ihre Vorstellung davon. Da freue ich mich schon auf den Wahlkampf, wenn Sie wirklich auf die AfD-Schiene gehen. Das machen wir Demokraten hier nicht mit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): So eine Frechheit!!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Muthmann. Sie wissen, zwei Minuten.

Alexander Muthmann (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Zellmeier hat in seiner Darstellung darauf hingewiesen, dass das das falsche Thema zum falschen Zeitpunkt war und ist. Das gilt auch für diesen Dringlichkeitsantrag. Ich finde, dafür gab und gibt es keinen Bedarf. Wenn man denn wollte, bedürfte es stattdessen eines Gesetzgebungsverfahrens. Ein solcher Antrag liegt aber nicht vor. Zum jetzigen Zeitpunkt sehe ich auch keine relevante politische Kraft, die das erwägen würde. Deswegen gibt es auch keinen Bedarf und keine Rechtfertigung, das hier zu debattieren.

Warum dann also zu diesem Zeitpunkt dieser Dringlichkeitsantrag? – Ich glaube, Sie erreichen damit dreierlei:

Erstens wird damit beizeiten eine ruhige und differenzierte Betrachtung dieses Themas vermieden, indem man es schnell in einen Dringlichkeitsantrag schiebt.

Zweitens schüren Sie mit diesem Antrag in diesem Gremium – darauf haben schon Vorredner hingewiesen – völlig unnötig eine antimuslimische Stimmung.

(Ludwig Freiherr von Lerchenfeld (CSU): So ein Blödsinn!)

Drittens klären Sie damit darüber auf, was es eigentlich bedeutet, die rechte Flanke zu schließen. Das hatten wir uns immer schon gefragt. Ich bin in der Sache eigentlich nicht dagegen, bitte aber aus all diesen Gründen um Verständnis, dass ich diesem Antrag nicht zustimmen werde.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun hat sich Herr Zellmeier nochmals zu Wort gemeldet.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das ist einfach! Er zieht den Antrag zurück!)

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal das gleiche Prozedere bei der SPD und den GRÜNEN! Wer hier hetzt, war schon aus ihren Wortbeiträgen erkennbar.

(Beifall bei der CSU)

Sie machen in unverantwortlicher Weise Stimmung.

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Diana Stachowitz (SPD))

Sie machen Stimmung gegen 70 % der deutschen Bevölkerung, die die Einführung muslimischer Feiertage ablehnt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Sehr gut! – Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe der Abgeordneten Horst Arnold (SPD) und Florian von Brunn (SPD))

Sie machen in einer unglaublichen Art und Weise Stimmung gegen das eigene Volk.

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Die aktuellen Umfragen besagen es, und ich sage Ihnen eines – –

(Anhaltende Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN – Glocke der Präsidentin)

Sie selbst sagen, man braucht keinen gesetzlichen Schutz der muslimischen Feiertage,

(Diana Stachowitz (SPD): Habe ich gar nicht gesagt!)

und trotzdem machen Sie aus dem Thema ein Drama, weil Sie in unserer Bevölkerung den Spaltpilz zwischen Einheimischen und Zuwanderern säen wollen. Sie sind es! Sie sind es!

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb kann ich Ihnen nur eines sagen: Ich habe nichts anderes erwartet.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Auch die Bevölkerung hat von Ihnen nichts zu erwarten. Ich hoffe, dass sich das auch bei künftigen Wahlen zeigt.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Buh!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt hat Herr Staatssekretär Eck das Wort. – Bitte beruhigen Sie die Gemüter. Bitte, Herr Staatssekretär Eck.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte die Debatte eigentlich nicht verlängern. Aber jetzt sind an dieser Stelle schier unglaubliche Dinge angesprochen worden, die wir so einfach nicht stehen lassen können.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich kann nur unterstützen und unterstreichen, was die Kollegen Streibl und Zellmeier zum Antrag bereits ausgeführt haben. Ich will dazu nur noch anmerken, warum der Antrag gestellt worden ist und was man aus ihm ganz einfach ablesen kann: Der Schutz der Feiertage, wie er in unserem Feiertagsgesetz geregelt ist, ist Ausdruck unserer christlich-abendländischen Tradition.

(Zuruf von der SPD: Was hat das mit christlich zu tun?)

– Vielleicht hören Sie zu, dann verstehen Sie es vielleicht auch. – Unsere Feiertage sind tief in unserer Geschichte verwurzelt und gehören zu unserer kulturellen Identität.

(Zuruf von der SPD: Wer will die denn abschaffen?)

Und nichts anderes sollte mit diesem Antrag bekräftigt werden. Punkt! Nichts anderes!

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen keine Änderung.

(Zuruf von der SPD: Wer will das?)

Wir wollen genau diese Sätze ganz dick unterstreichen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN
– Glocke der Präsidentin)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den Spieß umzudrehen und die konstituierende Sitzung des Bundestags hier nach München auf den Landtag zu übertragen, ist schlichtweg unverschämt.

(Beifall bei der CSU)

Noch ein Letztes: Liebe Frau Gote, Sie reden den Freistaat Bayern in seiner Stärke bis zum Tiefsten herunter. Bayern ist wirtschaftlich am stärksten, ist finanziell am

stärksten, hat den höchsten Sozialstatus, hat keine Jugendarbeitslosigkeit und führt seine Verschuldung zurück. All diese Dinge, die in diesem Land zum Wohl der Menschen entwickelt worden sind, haben Sie mit Füßen getreten und haben gesagt, wir hätten versagt.

(Beifall bei der CSU – Unruhe und Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oje! Oje!)

Das ist unverschämt und ethisch für mich ein großes Problem. Das mit diesem Antrag in Verbindung zu bringen, ist unglaublich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb bitte ich ganz herzlich darum: Wir wollen keine Veränderungen in diesem Land.

(Zurufe von der SPD: Genau das ist der Punkt! Sie wollen keine Veränderungen! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Wir wollen diese Sätze unterstreichen.

Ich bitte, die Anträge der Opposition abzulehnen und dem Antrag des Kollegen Zellmeier zuzustimmen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Wir haben gar keinen Antrag gestellt! – Zuruf von der SPD: Bezeichnend ist das! Bezeichnend! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte um etwas Ruhe.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Ich bitte natürlich auch darum, dem Antrag der FREIEN WÄHLER zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Zunächst lasse ich in einfacher Form über den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/18718 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER sowie der Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kollege Muthmann (fraktionslos). Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU auf Drucksache 17/18705. Hierzu führen wir eine namentliche Abstimmung durch. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten stehen zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.51 bis 15.56 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen, und wir lassen die Stimmkarten auszählen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich noch verschiedene Neuigkeiten bekannt.

(Unruhe)

– Ich bitte Sie, sich hinzusetzen oder sich draußen weiter zu unterhalten.

Wir haben eine Umbesetzung im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen. Gemäß § 26 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung darf ich Ihnen bekannt geben, dass von der CSU-Fraktion nunmehr anstelle von Herrn Schöffel Frau Judith Gerlach als Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaan-

gelegenheiten sowie regionale Beziehungen benannt wird. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Weiterhin gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Stümpfig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Rettet die Windenergie – Weichenstellungen für mehr grüne Energie in Bayern", Drucksache 17/18704, bekannt. Mit Ja haben 25 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 87 Abgeordnete gestimmt. Es gab 38 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Zellmeier, Brendel-Fischer und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Feiertagskultur bewahren: Keine muslimischen Feiertage einführen!" auf Drucksache 17/18705 bekannt. Mit Ja haben 96 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 51. Es gab 2 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.10.2017 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion CSU; Feiertagskultur bewahren: Keine muslimischen Feiertage einführen! (Drucksache 17/18705)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gibis Max	X		
Aigner Ilse				Glauber Thorsten	X		
Aiwanger Hubert				Dr. Goppel Thomas	X		
Arnold Horst		X		Gote Ulrike		X	
Aures Inge		X		Gottstein Eva			
				Güll Martin		X	
Bachhuber Martin	X			Güller Harald		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Guttenberger Petra	X		
Bauer Volker	X						
Baumgärtner Jürgen	X			Haderthauer Christine	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric	X			Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar	X			Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann		X		Hartmann Ludwig		X	
Blume Markus	X			Heckner Ingrid	X		
Bocklet Reinhold	X			Heike Jürgen W.	X		
Brannekämper Robert	X			Herold Hans	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian		X		Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra		X	
Celina Kerstin		X		Hintersberger Johannes	X		
				Hözl Florian	X		
Deckwerth Ilona		X		Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra	X			Holetschek Klaus	X		
Dorow Alex	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dünkel Norbert	X			Huber Erwin			
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel	X		
				Dr. Huber Martin	X		
Eck Gerhard	X			Huber Thomas	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Eisenreich Georg	X			Huml Melanie	X		
Fackler Wolfgang	X			Imhof Hermann	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen							
Fehlner Martina		X		Jörg Oliver	X		
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander	X			Kamm Christine		X	
Freller Karl	X			Kaniber Michaela	X		
Füracker Albert				Karl Annette		X	
				Kirchner Sandro	X		
Ganserer Markus		X		Knoblauch Günther		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		König Alexander	X		
Gehring Thomas		X		Kohnen Natascha		X	
Gerlach Judith	X			Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert			
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	96	51	2